

## A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion  
der SPD-Landtagsfraktion

**betr.:** Krisen meistern – Berufliche und soziale Sicherheit von Frauen nachhaltig stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Frauen sind während der Corona-Pandemie in besonderer Weise betroffen und gefordert. Sie sind auch und gerade in der Pandemie in systemrelevant anerkannten Berufen überdurchschnittlich vertreten. Als Ärztinnen und Pflegekräfte kämpfen sie in erster Reihe gegen die Pandemie. Sie sorgen im Einzelhandel für die Grundversorgung der Menschen. Sie sind die Mehrzahl der Reinigungskräfte, die höchste hygienische Standards umsetzen. Als Mitarbeiterinnen in unseren Kitas sichern sie die frühkindliche Bildung und Betreuung – auch in der Pandemie. Ihre Tätigkeiten setzen sie einem erhöhten Infektionsrisiko aus. Das schlägt sich nicht zuletzt auch in einer höheren COVID-19-Infektionsrate nieder (RKI).

Krisen verstärken häufig bereits existierende Ungleichheiten. Das trifft auch auf die Corona-Pandemie zu die deutlich zeigt, dass besondere Herausforderungen oftmals nicht mit der entsprechenden Wertschätzung und Anerkennung einhergehen und zu wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten führen können.

Gerade auch zuhause stehen Frauen und insbesondere Alleinerziehende vor großen Herausforderungen. Nach Zahlen der Bertelsmann Stiftung erledigen 69% Frauen die Hausarbeit. Ähnlich verhält es sich bei der Kinderbetreuung und dem Homeschooling.

Um diesen Mehrfachbelastungen gerecht zu werden, werden oftmals Arbeitszeiten reduziert. Der erste Lockdown im April 2020 führte bundesweit zu einem Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden von Frauen von 35 auf 28 Wochenstunden. Noch eklatanter stellt sich die Situation bei Erwerbstätigen mit betreuungsbedürftigen Kindern dar: der Rückgang erfolgte von 31 auf 24 Stunden. Männliche Erwerbstätige waren auch betroffen, jedoch vergleichsweise weniger stark. Auch gelang es ihnen im Verlauf des Jahres eher, sich wieder dem ursprünglichen Arbeitsumfang anzunähern. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit oder Minijobs und sind somit in Krisenzeiten weniger geschützt. Kurzarbeit trifft sie in etwa so häufig wie männliche Erwerbstätige. Aufgestockt wird ihr Kurzarbeitergeld jedoch weniger häufig.

Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und tatsächlicher Wertschätzung wird letztlich auch in der Entlohnung offensichtlich. Die jährliche Lohnlücke zwischen Mann und Frau liegt 2021 bei 19%.

Frauen und Kinder in ohnehin schon belasteten Familien sind im Kontext der Pandemie besonders gefährdet, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden. Die Schließung von Schulen und Kitas, die Überlastung von Familien oder die Angst um die finanzielle Existenz der Familie sind nur einige der Faktoren, die Gewalt gegen Frauen vor dem Hintergrund der aktuellen Lage begünstigen und verstärken könnten. Die Flucht in ein Frauenhaus sowie die Kontaktaufnahme zu Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen sind in dieser Situation erheblich erschwert.

Betrachtet man Erfahrungen aus vergangenen Krisen wie beispielsweise der Finanzkrise, dann wird deutlich, dass Frauen wesentlich länger unter den Krisenfolgen zu leiden haben. Es benötigt daher verstärkte Anstrengungen, um ihre berufliche und soziale Sicherheit nachhaltig zu stärken.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Bundesregierung und den Bundestag auf,

- dafür Sorge zu tragen, dass die im Rahmen der Krisenbewältigung eingesetzten Programme und Maßnahmen insgesamt dazu genutzt werden, der bestehenden Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sowie der ungleichen Verteilung der Sorge-Arbeit entgegenzuwirken und Frauen die gleiche Teilhabe an materiellen wie immateriellen Ressourcen zu ermöglichen wie Männern;
- die Einführung einer Corona-Eltern bzw. -Pflegezeit zu prüfen;
- zu prüfen, inwiefern die Bezugsdauer des Kinderkrankengeldes ausgeweitet werden kann.
- die Einführung eines Mindestkurzarbeitergeldes zu prüfen.
- einen nationalen Frauen- und Familiengipfel einzuberufen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eine stärkere Politikbeteiligung von Frauen und die geschlechterparitätische Besetzung von Entscheidungsgremien anzustreben, um Geschlechteraspekte bei gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Weichenstellungen angemessen zu berücksichtigen;
- Frauen in Führungspositionen stärker zu berücksichtigen. Ein wichtiges Instrument hierzu ist das saarländische Landesgleichstellungsgesetz. Die formulierten Zielvorgaben sind konsequent umzusetzen und – wie im Gesetz vorgesehen – mittels Berichterstattung auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und bei Bedarf fortzuschreiben bzw. weiterzuentwickeln.
- zur Sicherstellung der Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung den Entgelt-Check einzuführen.
- eine Gesamtstrategie zur Verbesserung der Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zum Schutz der Opfer im Rahmen der Istanbul-Konvention („Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“) umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Angebote der spezialisierten Fachberatungsstellen (bei häuslicher Gewalt) und den Zugang zu Schutzeinrichtungen zu legen. Diese gilt es zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen.

### **B e g r ü n d u n g:**

Erfolgt mündlich.